

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Reichardt, Thomas Ehrhorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/22550 –**

Corona-Einschränkungen – Vereinsamung und Erkrankungen von Senioren verhindern

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion seien ältere Menschen während der Corona-Zeit besonders betroffen: Sie seien nicht nur besonders anfällig für eine Erkrankung, sondern hätten häufig auch unter den starken Einschränkungen, insbesondere den Kontaktbeschränkungen, zu leiden. Die gesetzgebende Gewalt treffe die besondere Verantwortung, dem Erkrankungsrisiko entgegenzutreten und ältere Menschen dabei vor Notsituationen und Krankheiten wie Vereinsamung, mentaler Schwäche und Depression zu schützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22550 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ulle Schauws
Stellvertretende Vorsitzende

Katharina Landgraf
Berichterstatterin

Ursula Schulte
Berichterstatterin

Mariana Iris Harder-Kühnel
Berichterstatterin

Grigorios Aggelidis
Berichterstatter

Norbert Müller (Potsdam)
Berichterstatter

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Katharina Landgraf, Ursula Schulte, Mariana Iris Harder-Kühnel, Grigorios Aggelidis, Norbert Müller (Potsdam) und Beate Walter-Rosenheimer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/22550** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur alleinigen Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion vertritt die Auffassung, dass die gesetzgebende Gewalt die besondere Verantwortung treffe, dem Erkrankungsrisiko älterer Menschen in der Zeit der Corona-Pandemie entgegenzutreten und sie dabei vor Notsituationen und Krankheiten wie Vereinsamung, mentaler Schwäche und Depression zu schützen.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern:

1. die Lage von Senioren während der Corona-Beschränkungen mit Bezug zu ihrer Lebenssituation (alleinlebend, mit Partner oder Kindern, im Pflegeheim, sonstiger Einrichtung) zu untersuchen und daraus abzuleiten, in welchen Bereichen es besondere Probleme gegeben habe,
2. Maßnahmen vorzuschlagen, um die erneute Entstehung dieser Probleme im Falle eines erneuten Lockdowns zu verhindern,
3. Krankheiten und Notsituationen vorzubeugen, indem Maßnahmen gefunden würden, die bei einem erneuten Lockdown eine soziale Ausgrenzung von Menschen in Pflegeheimen vermieden,
4. zu erheben, in welchem Maße ältere Menschen über Telefon und Videotelefonie Kontakt zu ihrer Familie und ihren Freunden hätten halten können und inwiefern sich dies positiv auf die (psychische) Gesundheit der älteren Menschen ausgewirkt habe,
5. zu untersuchen, inwiefern sich Kontaktbeschränkungen auf die Häufigkeit von Suiziden und Suizidversuchen bei älteren Menschen ausgewirkt hätten.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/22550 in seiner 64. Sitzung am 7. Oktober 2020 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Katharina Landgraf
Berichterstatlerin

Ursula Schulte
Berichterstatlerin

Mariana Iris Harder-Kühnel
Berichterstatlerin

Grigorios Aggelidis
Berichterstatter

Norbert Müller (Potsdam)
Berichterstatter

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatlerin

